

# Brinkmann fordert größere Abstände

*Regionalbündnis Windvernunft berät Berliner Politiker*

■ **Kreis Paderborn/ Berlin.** Der Bundestagsausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in Berlin in einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Mindestabstand für Windenergieanlagen“ getagt. Konkret ging es um eine Gesetzesänderung, die es den Ländern ermöglichen soll, eigene Abstandsregelungen zu definieren.

Als Vertreter der hiesigen Windinitiativen hatte die Ausschussvorsitzende Bärbel Höhn (Bündnis90/Die Grünen), auf Initiative von Carsten Linneemann (CDU), den Sprecher des Regionalbündnis Windvernunft, Heinrich Brinkmann, neben sieben weiteren Experten vor den Ausschuss geladen.

Die so genannte Länderöffnungsklausel im Bundesbaugesetz stand bei der Anhörung zur Debatte. Der Koalitionsvertrag sieht diese Gesetzeserweiterung vor, um den Ländern die Möglichkeit zu geben, im Hinblick auf unterschiedliche topographische Ansprüche unterschiedlich zu reagieren, mit der Option, Mindestabstände von Windkraftanlagen im Außenbereich vorzusehen. Eine Gesetzesinitiative, die grundsätzlich von zahlreichen Windinitiativen unterstützt wird.

Heinrich Brinkmann: „Eines unserer gemeinsamen Ziele zum vernünftigen Ausbau der Windenergienutzung liegt bei höheren Mindestabständen zu den Windkraftanlagen. Deswegen ist die Vorlage eigentlich zu begrüßen.“

Auch innerhalb der Länder sind die unterschiedlichen Topographien in den Kommunen zu berücksichtigen, so Brinkmann weiter. Deswegen solle den Entscheidungsträgern in den Kommunen auch der Gestaltungsraum überlassen werden, denn die seien laut Grund-

gesetz der eigentliche Planungshalter innerhalb der Länder. „Von unseren Lokalpolitikern wird bei der Planung von Windgebieten immer wieder bemängelt, dass ihnen durch geltende Gesetze und insbesondere durch die Rechtsprechung jeglicher rechtssichere Handlungsspielraum entzogen ist. Wir müssen uns also mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die von uns gewählten Volksvertreter hier in unserer Region ihre Aufgaben wahrnehmen können“, erklärt Brinkmann.

Alle vor dem Umweltausschuss gehörten Experten hatten die Möglichkeit, ihre Standpunkte in einem vierminütigen Statement zu präsentieren. So formulierte Brinkmann: „Wir halten es für erforderlich durch die politische Ausweitung der Länderöffnungsklausel, mehr Rechtssicherheit zu schaffen und die Kommunen wieder in ihren Planungshoheiten zu stärken.“ Wörtlich fügte er hinzu: „Wir plädieren daher dringend neben der Länderöffnungsklausel auch eine Öffnungsklausel zu Gunsten der Städte und Gemeinden als Träger der Bauleitplanung vorzunehmen.“

Am Rande der Sitzung wurde auch die aktuell von der Windindustrie initiierte Umfrage zur Akzeptanz von Windenergie erwähnt. Dazu Brinkmann: „Immer wieder versuchen die finanzstarken Windkraftwerksbetreiber, insbesondere deren Verbände, unsere durch Bürgermeinung gewachsenen Argumente mit fragwürdigen „Gegenschlägen“ zu bombardieren. Die Zustimmung zur Nutzung der Windkraft ist selbst in unseren Windinitiativen sogar höher als 75 Prozent. Uns geht es nur um eine vernünftige Planung mit Rücksicht auf die Menschen.“